

## Ost-Ausschuss Informationen 1/2022

36

**70 Jahre Ost-Ausschuss:  
Fulminanter Start ins  
Jubiläumsjahr**

38

**Deutsche Unternehmen  
tauschten sich über die  
Situation in der Ukraine aus**

39

**Helsinki 2.0 statt  
Kriegsgeschrei**

41

**Ost-Ausschuss in Kürze**

## 70 Jahre Ost-Ausschuss Fulminanter Start ins Jubiläumsjahr

Mit einem virtuellen Neujahrsempfang ist der Ost-Ausschuss am 20. Januar erfolgreich in sein Jubiläumsjahr gestartet: Zu dem Empfang, bei dem sich eine Rekordzahl von über 420 Gästen in einem virtuellen Festsaal versammelte, steuerte die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig die Keynote bei.

In seiner Eröffnungsrede warb der Vorsitzende des Ost-Ausschusses Oliver Hermes für einen weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses. „Der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen, zunächst vor allem mit dem kommunistischen China und der Sowjetunion, nach 1989 dann mit den neu entstehenden Staaten des früheren Ostblocks war und ist seit 1952 unser Auftrag, ja die DNA des Ost-Ausschusses“, sagte Hermes.

Er verwies auf die große Bedeutung der Region als Handelspartner. In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg habe es praktisch keinen Osthandel bundesdeutscher Unternehmen mehr gegeben. „Heute stehen die 29 Partnerländer des Ost-Ausschusses für ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels - rund 500 Milliarden Euro“, sagte Hermes. Deutsche Unternehmen hätten mittlerweile über 145 Milliarden Euro in den 29 Ländern der Region investiert und dort rund zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Diese Investitionen sicherten wiederum hunderttausende Jobs in Deutschland. „Ohne Mittel- und Osteuropa wäre die deutsche Wirtschaft bei weitem nicht so konkurrenzfähig und innovativ“, betonte Hermes. „Wir sind stolz, als Verband ein wichtiger Teil dieser Erfolgsgeschichte zu sein.“

70 Jahre nach seiner Gründung sei die Verständigungsarbeit des Ost-Ausschusses angesichts zunehmender politischer Spannungen in Europa wichtiger denn je, betonte Hermes. Die Länder in Mittel- und Osteuropa könnten verlässliche Partner auf dem Weg in eine klimaneutrale Wirtschaft werden. „Hier warten gigantische Aufgaben und zugleich riesige Chancen auf die deutsche Wirtschaft“, so Hermes. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende kündigte an, dass der Verband in seinem Jubiläumsjahr eine neue „Kontaktstelle Green Deal“ einrichten werde, die zwischen deutschen Unternehmen und den östlichen Partnerländern vermitteln wird.

### Schwesig: „Jede Menge Engagement und Ausdauer“

Ministerpräsidentin Schwesig gratulierte dem Ost-Ausschuss in ihrer Keynote herzlich zum Jubiläum. „Seit 70 Jahren sorgen Sie für gutes Miteinander der Wirtschaft mit der Politik in inzwischen 29 Ländern in ganz Osteuropa“, so Schwesig. „Da steckt jede Menge Engagement und Ausdauer dahinter.“ Die Ministerpräsidentin ging dann auf die aktuellen Herausforderungen für international tätige Unternehmen in der Corona-Krise wie die aktuellen Reisebeschränkungen und auf das Thema Wirtschaftssanktionen ein.

Politische Konflikte, wie zuletzt in Kasachstan oder aktuell zwischen Russland und der Ukraine, seien „eine Gefahr für Frieden und Stabilität und damit auch für Geschäftsbeziehungen und wirtschaftliche Chancen“. Diese Konflikte müssten auf politischer Ebene gelöst werden. „Wir alle können einen Beitrag dazu leisten, dass wir den Kontakt zu unseren Wirtschaftspartnern, zu unseren Nachbarn und Freunden nicht verlieren“, sagte Schwesig. „Wir können nicht erst dann wieder miteinander reden, wenn alle Konflikte ausgeräumt sind. Im Gegenteil – wir brauchen beständig Dialog.“

Schwesig bezog auch Stellung zur umstrittenen Ostseepipeline Nord Stream 2, die in ihrem Bundesland anlandet. Mecklenburg-Vorpommern habe sich immer hinter den Bau der Ostsee-Pipeline gestellt. „Und ich bin sehr dankbar, dass auch der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft immer klar Position bezogen hat, insbesondere auch dann, wenn aus den USA versucht wurde, das Projekt mit Sanktionen und Sanktionsdrohungen zu stoppen“, sagte Schwesig.





OA-Geschäftsführer Michael Harms im Gespräch mit dem Staatsminister im Auswärtigen Amt Tobias Lindner (re.)  
Foto: A. Metz

Ministerpräsidentin Schwesig gratulierte dem Ost-Ausschuss  
Foto: Ost-Ausschuss



### Mit Staatssekretär Lindner auf Streifzug durch die Region

Anschließend unternahmen Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms und Staatssekretär Tobias Lindner im Gespräch einen Streifzug durch alle Ost-Ausschuss-Regionen. Mit Blick auf die jüngsten Unruhen in Kasachstan betonte Lindner die Bedeutung des Landes als größtem Handelspartner Deutschlands in der Region. In dieser Hinsicht spiele die Global-Gateway-Strategie der EU eine wichtige Rolle.

Mit Sorge sehe er die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze“, sagte Lindner mit Blick auf den aktuell eskalierenden Konflikt. „Sollte Herr Putin zum dritten Mal die territoriale Integrität der Ukraine verletzen, wird das für ihn einen hohen strategischen, politischen

und ökonomischen Preis haben“, sagte Lindner. Aber Dialog sei der einzige Weg aus der Krise. Im Hinblick auf Nord Stream 2 betonte der Staatssekretär, dass die Einhaltung des europäischen Energierechts eine Selbstverständlichkeit sei. Deswegen sei die Zertifizierung derzeit unterbrochen. Die auch vom Ost-Ausschuss geforderte Energie- und Klimapartnerschaft insbesondere mit Russland und der Ukraine unterstützte Lindner ausdrücklich. „Dem Klima ist es ja egal, wo Emissionen entstehen“, sagte Lindner.

Im Hinblick auf die Konflikte der EU mit Polen und Ungarn verwies Lindner darauf, dass die politischen Rahmenbedingungen stimmen müssten. Angesichts der Spannungen auf dem Westlichen Balkan warnte Lindner vor einer Blockade des Beitrittsprozesses, der die Region destabilisieren könne. „Wenn man in der Region alles richtig macht - Stichwort gemeinsamer regionaler Markt, Einführung von freiem Personen-, Güter- und Dienstleistungsverkehr auf dem Westlichen Balkan – dann kriegt man eine ganze Menge hin.“

### Von Agrarwirtschaft bis Zentralasien

Im Anschluss nutzten rund 150 Teilnehmende die Gelegenheit, sich an acht virtuellen „Stehischen“ zu den fünf Regionen des Ost-Ausschusses und den drei Branchenarbeitskreisen Gesundheitswirtschaft, Agrarwirtschaft sowie Energie und Nachhaltigkeit über aktuelle Themen auszutauschen.

Der Ost-Ausschuss - älteste Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft - wurde 1952 auf Initiative des damaligen Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard gegründet und feiert 2022 seinen 70. Geburtstag. Ein Jahr lang wird der Ost-Ausschuss mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Social-Media-Aktionen und Publikationen an die wichtigsten Etappen seiner Geschichte erinnern und mit Unternehmen, Verbänden und Partnern aus seinen 29 Zielländern in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien über die Herausforderungen der Zukunft diskutieren. Finanziell unterstützt werden die zahlreichen Aktivitäten im Jubiläumsjahr durch mehr als 20 Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses.

### Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

Alle Informationen zum Jubiläum gibt es hier:  
<https://www.ost-ausschuss.de/de/oa70>

# Deutsche Unternehmen tauschten sich über die Situation in der Ukraine aus

Der Austausch über die aktuelle Situation deutscher Unternehmen in der Ukraine war Thema eines Hintergrundgesprächs, zu dem das Honorarkonsulat der Ukraine in Baden-Württemberg in Kooperation mit der AHK Ukraine und dem Ost-Ausschuss am 3. Februar eingeladen hatte. Über 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, Informationen und Einschätzungen zur Situation der deutschen Wirtschaft vor Ort auszutauschen. Moderiert wurde der Online-Austausch vom Honorarkonsul der Ukraine in Baden-Württemberg Willi Prettl.

## Wachsende Attraktivität

Stefan Kägebein, für die Ukraine zuständiger Regionaldirektor im Ost-Ausschuss, verdeutlichte anhand finanzwirtschaftlicher Indikatoren, etwa den fallenden Aktienkursen und steigenden Zinsen in der Ukraine und Russland, wie die aktuellen Spannungen der Wirtschaft in der gesamten Region schaden. Die Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses verfolgen nach seiner Beobachtung weiter ihr Tagesgeschäft und analysieren die aktuelle Situation sorgfältig. Insgesamt sei die Ukraine in den vergangenen Jahren „ökonomisch resilienter“ geworden. Dazu hätten die solide Zentralbankpolitik und die IWF-Unterstützung beigetragen. Die EU habe gerade 1,2 Milliarden Euro an Makrofinanzhilfe zugesagt. Das Land habe in verschiedenen Bereichen an Attraktivität gewonnen, etwa durch die wachsende Bedeutung des IT-Sektors und den leistungsfähigen Agrarsektor. Der Ost-Ausschuss beobachte die Situation aufmerksam und begrüße die diplomatischen Aktivitäten europäischer Länder und der USA zur Lösung des Konflikts.

Kägebein unterstrich, dass der Ost-Ausschuss an allen geplanten Ukraine-Aktivitäten für das Jahr 2022 festhalte. Konkret nannte er den engen Austausch mit der deutschen und ukrainischen Regierung über den „Grünen Fonds“. Dies umfasse fünf größere Projekte zum Thema Wasserstoffproduk-

tion in der Ukraine, die der Ost-Ausschuss aktiv im Rahmen seines „Wasserstoffnetzwerks Ukraine“ begleite. Geplant seien außerdem digitale Gespräche mit Wirtschaftsministerin Julia Swiridenko für März, eine Delegationsreise nach Kiew im Mai und als neues Projekt die Entwicklung eines Netzwerks von jungen Unternehmern und Managern aus der Ukraine und Deutschland im Laufe des ersten Halbjahrs 2022.

## 60.000 Arbeitsplätze geschaffen

Oleksii Antoniuk von der Wirtschaftsabteilung der ukrainischen Botschaft in Berlin warb für eine diplomatische Lösung unter anderem im Rahmen des wieder aktivierten Normandie-Formats. „Die Entscheidung liegt in Moskau“, sagte Antoniuk. Er verwies auf die positive Entwicklung des deutsch-ukrainischen Handels, der 2021 um 19 Prozent zugelegt hat und kündigte für 2022 das fünfte Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum an. Antoniuk dankte den deutschen Unternehmen in der Ukraine, die dort 60.000 Arbeitsplätze geschaffen hätten. „Bleiben Sie in Ukraine, entwickeln sie neue Investitionsprojekte“, forderte Antoniuk sie auf.

Alexander Markus von der AHK in Kiew verortete die aktuelle Aufregung mehr außerhalb als innerhalb der Ukraine. Er kenne keine deutschen Unternehmen, die das Land verließen. Alle Unternehmen hätten aber Notfallpläne in der Schublade, dies gehöre zum Risikomanagement. Es gäbe in den letzten Monaten sogar viele neue Anfragen nach Investitionen, zum Beispiel im Handel. Markus gab die Empfehlung der Botschaft an alle deutschen Bürgerinnen und Bürger in der Ukraine weiter, sich bei der Botschaft zu registrieren.

„Sie können nicht arbeiten, wenn sie dauernd Angst haben“, sagte Markus. „Wenn es für Ihre Psyche nicht gut ist, sollten Sie aus eigenem Interesse das Land verlassen.“

## Überwiegend gelassen

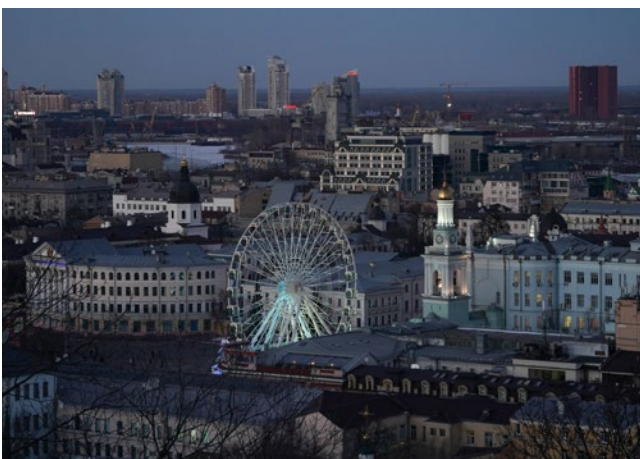
In der anschließenden Diskussion zeigten sich die Vertreter deutscher Unternehmen in der Ukraine überwiegend gelassen. Eine gewisse Besorgnis wurde über mögliche Auswirkungen von Reisewarnungen für entsendete Mitarbeiter und Zulieferer geäußert. Alle Teilnehmenden, die sich zu Wort meldeten, zeigten sich bereit, das Ukraine-Geschäft weiter auszubauen. Es sei aber vernünftig, Notfallpläne zu aktualisieren und die Situation genau zu beobachten. „Die Situation ist ein Marathon, und wird nicht Ende dieses Monats enden“, so ein Teilnehmer. „Der beste Weg die Ukraine zu unterstützen, ist es, zu bleiben, die Aktivitäten fortzusetzen und zu expandieren“, resümierte Ost-Ausschuss Geschäftsführer Michael Harms.

Der ukrainische Honorarkonsul bedankte sich für die spannende und konstruktive Diskussion.

## Christian Himmighoffen

Leiter Presse und Kommunikation

Kiew, Foto: IMAGO / ZUMA Wire



## Helsinki 2.0 statt Kriegsgeschrei

Das Kriegsgespenst geht um in Europa. In zahlreichen Medien, aber auch von Seiten der Politik wird eine russische Invasion in der Ukraine buchstäblich herbeigeschrieben und -geredet, so als hätten die „Falken“ auf allen Seiten seit Jahren auf diese Gelegenheit nur gewartet. Vorwürfe an die Bundesregierung, die sich sträubt, den Konflikt durch Waffenlieferungen weiter anzufachen, schüren das Feuer. In der Ukraine selbst ist man erfreulicherweise bemüht, das Kriegsgeschrei etwas zu bremsen, um Druck aus dem Kessel zu nehmen. Präsident Wolodymyr Selenskyj persönlich warnte dieser Tage vor Panik. Die Gefahr einer massiven Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO ist dieser Tage zweifellos so groß wie seit 30 Jahren nicht mehr. Ein Krieg in Osteuropa würde neben dem furchtbaren menschlichen Leid unseren ganzen Kontinent und mit ihm die europäische Wirtschaft um Jahrzehnte zurückwerfen. Darum sollte allen Seiten daran gelegen sein, zu deeskalieren und die Gemüter zu kühlen. Militärische Muskelspiele in Osteuropa sind dabei nicht zielführend.

Zur Deeskalation kann auch die Wirtschaft ihren Teil beitragen. Wirtschaft kann Politik nicht ersetzen, aber sie kann ihre spezifischen Dialogkanäle nutzen. Der Ost-Ausschuss feiert dieses Jahr seinen 70. Geburtstag. Über unsere wirtschaftliche Funktion hinaus, haben wir uns immer auch als „Brückenbauer“ gesehen, der zur politischen und gesellschaftlichen Verständigung und Aussöhnung mit einer Region beiträgt, in der Deutschland im 20. Jahrhundert unvorstellbar großes Unheil angerichtet hat. Das Resultat unserer Bemühungen sind enge, über Jahrzehnte gewachsene wirtschaftliche Beziehungen mit der Ukraine und mit Russland. Aus verlässlichen Geschäftspartnern sind dabei Freunde geworden. Deutsche Unternehmen tragen allein in Russland die Verantwortung für rund 280.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch ihre Arbeit legen sie auf allen Ebenen – von der Führungsposition bis zu den Beschäftigten in Werken und Büros – tagtäglich die Grundlage für Vertrauen und gegenseitige Anerkennung. Dies ist die langjährige, hart erarbeitete Basis für eine friedliche und erfolgreiche Zusammenarbeit in der Zukunft. Menschen, nicht Staaten bauen Vertrauen auf.

Wer die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland in Frage stellt, der sollte umgekehrt einmal überlegen, welche Gesprächs- und Einflussmöglichkeiten Deutschland ohne Wirtschaftsbeziehungen mit Russland noch bleiben. Diese Brücken ganz abzurechen, würde unsere Welt nicht sicherer machen. Die Bundesbürger wünschen sich übrigens mehrheitlich eine engere Kooperation zwischen EU und Russland: Zwei von drei Deutschen (62 Prozent) sprachen sich in einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des Ost-Ausschusses für intensivere Beziehungen zwischen der EU und Russland aus.


In der aufgeregten politischen und medialen Diskussion zu den möglichen Auswirkungen des Konflikts auf die deutsche Wirtschaft wird zudem die wirtschaftliche Bedeutung Russlands häufig heruntergespielt und rein auf das Handelsvolumen reduziert. Der Außenhandel ist aber nur ein Ausschnitt unserer Wirtschaftsbeziehungen: Russland ist der größte Markt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und ein wichtiger Investitionsstandort. Deutsche Unternehmen haben auf Grund der Bedeutung des Landes bereits jetzt lokale und

Oliver Hermes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V.



regionale Wertschöpfungsketten aufgebaut, um die Kundenbedürfnisse nicht nur in Russland selbst, sondern auch auf anderen Märkten der Eurasischen Wirtschaftsunion und im übrigen Zentralasien zu bedienen, die sich von Russland aus gut erschließen lassen.

Man darf außerdem nicht vergessen, dass ein wesentlicher Teil unserer Öl- und Gasimporte aus Russland stammt, nämlich über 40 Prozent. Die letzten Monate haben uns sehr deutlich gezeigt, dass wir im Zuge der europäischen Energiewende auf Erdgas angewiesen bleiben. Wir brauchen daher mittelfristig eher mehr als weniger Gasimporte aus Russland. Sowohl Nord Stream 2 als auch die Kapazitäten des ukrainischen Gastransitnetzes werden gebraucht, um Europa bis zum endgültigen Ausstieg aus fossiler Energie sicher mit Erdgas und perspektivisch mit Wasserstoff zu versorgen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat kürzlich das Potential Russlands für Wasserstoff und Windkraft hervorgehoben. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat in Moskau die Notwendigkeit des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Russland etwa bei der gemeinsamen Bekämpfung des Klimawandels betont.

Neue Wirtschaftssanktionen,  es gegen Nord Stream 2 oder gegen den russischen Finanzsektor, führen dagegen zu hohen Kosten auf beiden Seiten. Ein präventiver „Überbietungswettbewerb“ schafft für die Unternehmen extreme Unsicherheiten, stärkt den Wettbewerber China und schweißt Russland und China auch sicherheitspolitisch noch enger zusammen. Die weltweiten politischen Konflikte und die Pandemie haben dem gefährlichen Trend ohnehin schon neue Nahrung gegeben, Globalisierung und freien Handel als Gefahr statt als Chance zu begreifen. Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen werden zunehmend zum Instrument der Außen- und Geopolitik. Nach 30 Jahren Hyperglobalisierung droht eine Entflechtung von etablierten Wertschöpfungsketten.

Die global ausgerichtete deutsche Wirtschaft ist grundsätzlich gegen jede Form des Decouplings. Nicht nur im Handel, im Energie- und Finanzsektor, sondern auch im Sicherheitsbereich brauchen wir ein europäisches „Coupling“, das heißt, eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands und der Ukraine. Es sei daran erinnert, dass schon bei den KSZE-Verhandlungen, die 1975 in die Schlussakte von Helsinki mündeten, nicht nur über militärische Sicherheit geredet wurde, sondern dass es außerdem um die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt sowie im humanitären Bereich ging. Sicherheit wurde damals viel breiter gedacht als nur in militärisch-politischen Dimensionen.

Wir brauchen jetzt ein Helsinki 2.0. Die gemeinsame Überwindung der Corona-Folgen durch neue Medikamente und Medizintechnik wäre ein wichtiger Ansatz. Initiativen zur Digitalisierung und zur Fachkräfteaus- und Weiterbildung gibt es bereits, sie könnten aber stärker vernetzt werden. Ähnliches gilt für den Agrarbereich – die Ukraine und Russland sind Rekordweizenproduzenten und setzen stark auf deutsche Landtechnik. Vor allem aber das Thema Energie verbindet Deutschland, Russland und die Ukraine seit über 50 Jahren miteinander. Aus den bestehenden Energiebeziehungen eine trilaterale Klimapartnerschaft zu machen, ist daher ein logischer und überfälliger Schritt. Es ist Zeit für eine Konferenz für Sicherheit und Klimazusammenarbeit in Europa – gerne wieder in Helsinki.

Oliver Hermes ist Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft e.V. sowie Vorstandsvorsitzender und CEO der Wilo Gruppe und Vorsitzender des Kuratoriums der Wilo-Foundation. Er gibt hier seine persönliche Meinung wieder.

### AK Russland: Pilotprojekt in Sachalin vorgestellt

Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise Russland sowie Energie und Nachhaltigkeit stellte der Vizegouverneur des Gebietes Sachalin Vyacheslav Alenkov am 27. Januar das Pilotprojekt der Region vor, die bis 2025 klimaneutral werden will. Dazu sollen 1,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr eingespart werden, überwiegend durch Effizienzmaßnahmen, aber auch durch die Entwicklung von CO<sub>2</sub>-Senken. In Sachalin soll ein regionales Emissionshandelssystem eingerichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von großen regionalen Unternehmen erfasst und zertifiziert, sowie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien im Industriesektor sowie im Verkehr entwickelt werden. CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff soll insbesondere nach Japan und in andere Länder exportiert werden. Die Region Sachalin ist an Kooperationen mit deutschen Unternehmen, insbesondere bei Maschinen und Anlagen zur CO<sub>2</sub>-Verminderung interessiert. Der Ost-Ausschuss stellt gern den Kontakt zur Regierung des Gebietes her.

### Hintergrundgespräch zur aktuellen Lage in Kasachstan

Die erste Ost-Ausschuss-Veranstaltung des Jahres 2022 stieß gleich auf ein rekordverdächtiges Interesse: Rund 130 Interessierte verfolgten am 12. Januar gespannt die Augenzeugenberichte und Einschätzungen zu den Unruhen in Kasachstan. Aus der Hauptstadt Nur-Sultan und dem Wirtschaftszentrum Almaty waren dazu die deutsche Botschafterin Monika Iwersen und der Delegierte der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien Hovsep Voskanyan zugeworfen. Vor allem Vertraute des früheren Präsidenten Nursultan Nasarbajew und seiner Familie hätten nun an Einfluss verloren, was Reformen eventuell erleichtere. Westliche Unternehmen waren von den Unruhen nicht direkt betroffen. Die neue Regierung habe betont, für die Sicherheit der Investitionen einzustehen und die Bedingungen für Investoren weiter zu verbessern.

### Auswahlgespräche für Stipendienprogramm laufen weiter

Die Auswahlgespräche für die kommende Stipendiatengeneration des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans sind für die Generation 2022 fast abgeschlossen. In der nächsten Woche haben noch zahlreiche Bewerber die Möglichkeit, sich in Albanien vorzustellen und für einen der 75 Plätze zu qualifizieren.

### Mitglieder-News

Der russische Gasproduzent Novatek und der deutsche Energiekonzern **Uniper** haben sich auf Eckpunkte für die langfristige Lieferung von kohlenstoffarmem Ammoniak geeinigt. Demnach soll Novatek bis zu 1,2 Millionen Tonnen Ammoniak jährlich unter anderem an das geplante Import-Terminal von Uniper in Wilhelmshaven liefern.

Der Düsseldorfer Anlagenbauer **GEA** hat im russischen Gebiet Tula eine Fabrik für Reinigungs- und Hygienemittel für die Milchwirtschaft eröffnet. Es soll bis zu 10.000 Tonnen jährlich für den russischen Markt und den Export in Nachbarländer produzieren.

Sbermarket, einer der größten russischen Online-Supermärkte, hat seine Partnerschaft mit dem deutschen Großhändler **Metro** bis 2028 besiegelt. Ziel der Zusammenarbeit ist eine weitere Steigerung der Online-Verkäufe von Metro und die Festigung der Führungsposition von Sbermarket im E-Geschäft.

Das Spezialchemieunternehmen **Evonik** investiert einen dreistelligen Millionenbetrag in den Bau einer neuen Produktionsanlage für bio-basierte Rhamnolipide in der Slowakei. Mit der Investition am Standort Slovenská Ľupča stärkt Evonik die seit 2019 bestehende Partnerschaft mit dem Konsumgüterkonzern Unilever.

